Politik
STEGNER ÜBER FRIEDENSPLAN; "Auf Dauer brauchen wir Sicherheit mit Russland"

Wagner, Jonas (jwag.)
1,252 Wörter
27 November 2025
FAZ.net
FAZNET
Deutsch
Copyright 2025 Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH. Provided by Frankfurter Allgemeine Zeitung Archiv

Der SPD-Außenpolitiker Ralf Stegner lobt die amerikanische Initiative für einen Friedensplan. Und er fordert Sicherheitsgarantien für die Ukraine.

Von Jonas Wagner

Herr Abgeordneter, Sie haben sich stets dafür ausgesprochen, im Ukrainekrieg mehr auf Diplomatie zu setzen. Sehen Sie sich durch die aktuelle Debatte um einen Friedensplan und Verhandlungen bestätigt?

Allerdings. Meine Haltung war nie, wir sollten keine Waffen liefern, sondern wir sollten insbesondere die Verteidigung der Ukraine unterstützen. Luftabwehr rettet mehr Leben als irgendetwas anderes. Die Vorstellung dagegen, man könne mit Marschflugkörpern, Kampfflugzeugen und Kampfpanzern militärischen Erfolg haben, fand ich immer irreal. Sie hat meiner Meinung nach nur den Krieg verlängert.

Warum?

Ich halte es militärisch nicht für möglich, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnt. Ich wundere mich allerdings, mit welcher Überzeugung die Leute, die das anders gesehen haben, jetzt so tun, als sei es immer die Haltung der westlichen Staaten gewesen, den Krieg bei der gegenwärtigen Konfliktlinie einzufrieren. Der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich hat genau das im Frühjahr letzten Jahres gefordert. Da wurde er von den meisten heftig beschimpft. Heute ist es die offizielle Linie der westlichen Staaten, die jetzige Kontaktlinie als Ausgangspunkt zu nehmen. Nur, dass die militärische Lage für die Ukraine sich verschlechtert hat gegenüber dem Stand vor anderthalb Jahren. Eigentlich müssten die Leute Herrn Mützenich Abbitte leisten.

Die gegenwärtige Kontaktlinie könnte für die Ukraine günstiger verlaufen, hätte man dem Land mehr Waffen geliefert.

Das lässt sich schwer belegen. Ich habe keine Militärs getroffen, die der Meinung waren, dass die Russen militärisch besiegt werden können. Ich habe immer nur Politiker gehört, die von so was geredet haben. Das ist das Eine, das Zweite ist: Joe Biden war in der Frage genauso zurückhaltend wie Olaf Scholz. Und es steht außer Frage, dass die Ukraine mit Biden besser gefahren ist als mit Donald Trump. Trump ist die Ukraine egal, er will die Rohstoffe haben, und er will, dass die Europäer das bezahlen. Ich bezweifle, dass man eine andere Linie hätte vertreten sollen, als Biden und Scholz sie für richtig gehalten haben.

Was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie in der vergangenen Woche von dem amerikanischen Friedensplan gehört haben?

Ich habe gedacht, das ist typisch Trump. Es erinnert an das, was er im Nahen Osten auch gemacht hat: Mit einigen gesprochen, mit anderen nicht und erst mal etwas hingeworfen als Themenliste für Verhandlungen. Ich bin nun wirklich kein Trump-Fan, aber möglicherweise ist er der Einzige, der auch auf Putin Einfluss haben könnte. Wenn das amerikanische Vorgehen ein Anstoß ist, dass nach fast vier Kriegsjahren und vor dem nächsten Kriegswinter Bewegung in die Sache kommt, ist das besser als alles, was wir bisher zustande gebracht haben.

Die Europäer waren von dem amerikanischen Vorstoß ziemlich überrumpelt.

Einiges an den Punkten ist mit Blick auf Europas Sicherheitsinteressen und die Unterstützung der Ukraine sicher kritikwürdig. Dennoch waren die Reaktionen typisch: zwischen Hysterie und Selbstbezüglichkeit. Diese etwas beleidigte Reaktion der Europäer - wieso redet ihr nicht mit uns vorher? - hat auch mit europäischer Inaktivität zu tun. Sie erinnern sich vielleicht an den Ukraine-Gipfel in Washington, die Unterwürfigkeit, mit der

die europäischen Regierungschefs dort aufgetreten sind, war ja geradezu grotesk. Wenn man selbst nur indirekt kommuniziert, darf man sich nicht wundern, dass so ein Plan ohne anständige europäische Beteiligung zustande kommt.

Glauben Sie denn, dass die derzeitigen Bemühungen zum Frieden führen könnten?

Ich bin zwar skeptisch, aber im Grundsatz nicht ablehnend. Dass es jetzt einen Anstoß gegeben hat für mögliche Gespräche, ist mehr, als unsere bisherige Strategie hervorgebracht hat. Die hat ja besagt: Wenn wir genug Waffen liefern, wird Putin an den Verhandlungstisch gezwungen. Es kam immer das Argument: Putin will gar nicht reden. Doch nehmen Sie den USA-Russland-Gipfel in Alaska im Sommer: Der war zwar voller Theatralik, aber immerhin kamen zum ersten Mal Sicherheitsgarantien als Thema auf.

Die sind auch jetzt Gegenstand der Diskussion. Dass die Amerikaner im Grunde bereit sind, der Ukraine Sicherheitsgarantien zu geben, ist eine neue Sache und für die Ukraine vielleicht das Wichtigste in der gegenwärtigen Situation. Auch wenn die Sicherheitsgarantien konkretisiert werden müssen. Nicht wir müssen die Ergebnisse gut finden, sondern die Ukraine als souveräner Staat muss am Ende dem zustimmen, was herauskommt. Dem Ziel, dass das Sterben so schnell wie möglich aufhören muss, sind wir jedenfalls nähergekommen als durch das, was wir bisher getan haben.

Der ursprüngliche 28-Punkte-Plan der Amerikaner wurde vielfach als "Wunschliste Russlands" kritisiert. Europäischen und ukrainischen Forderungen hat Putin sich bislang nicht angenähert.

Ich habe den Plan der Amerikaner als eine Aneinanderreihung von Verhandlungspunkten verstanden, nicht als ein Papier, was in dieser oder jener Form beschlossen werden sollte. Es ist jedenfalls richtig, dass nun versucht wird, ernsthaft mit Russland zu verhandeln und Putin zu beeinflussen. Denn auf lange Sicht hat er nichts von dem Krieg, der auch Russland ruiniert, und nur mit Freunden wie Iran und Nordkorea lässt sich auf Dauer nicht gut leben, wenn man westliche Technologien und anderes braucht.

Man muss aber auch in langen Linien denken: Putin hat einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg angezettelt, dennoch ist unsere Neigung, ihn zu dämonisieren und ihn mit Russland gleichzusetzen - oder Netanjahu mit Israel, Trump mit den USA -, falsch. Gerade wir Deutschen sind das beste Beispiel dafür: Wir haben unsere Nachbarn 1945 überfallen, den Holocaust zu verantworten und einen schrecklichen Weltkrieg angezettelt. Trotzdem wurden wir nicht alle als Nazis angesehen, sondern wieder in die Völkergemeinschaft aufgenommen und sind heute die drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Und das ist keine 300 Jahre her, sondern 80. Ich meine damit: Wir brauchen momentan Sicherheit gegen Russland, aber auf Dauer auch wieder mit Russland.

Fänden Sie einen Friedensplan auch dann zustimmungsfähig, wenn er beinhaltete, dass die Ukraine niemals der NATO beitreten darf?

Es ist nicht unsere Aufgabe, die Verhandlungen öffentlich zu bewerten. Die Ukraine ist ein souveräner Staat. Ukraine und Russland sind die Kriegsbeteiligten, und ohne Amerika geht es nicht. Wenn es eine Einigung mit der Ukraine gibt, sollten wir dem nicht im Wege stehen, sondern das diplomatisch positiv begleiten, wie wir das gerade in Genf tun. Der Bundeskanzler und der Außenminister haben sich ja um europäische Einigung bemüht. Das Thema NATO-Beitritt der Ukraine stellt sich auf absehbare Zeit nicht. Ich finde es nicht sinnvoll, etwas als Monstranz vor sich herzutragen, was vollständig irreal ist, weil es an den Voraussetzungen komplett fehlt. Die Ukraine hat nichts davon, wenn wir uns darauf fokussieren. Von Versprechungen, die man gibt, aber nicht einhalten kann, hat niemand etwas. Deshalb sind effektive Sicherheitsgarantien und ein Prozess Richtung EU - wenn die Korruptionsvorwürfe gegen ukrainische Politiker ausgeräumt sind - sehr viel entscheidender.

Derzeit wird viel an Überarbeitungen und Details des Plans gefeilt. Was muss ein Friedensplan Ihrer Meinung nach beinhalten?

Entscheidend ist für mich ausschließlich, was die Ukraine am Ende respektieren kann. Nicht, was wir davon halten. Deshalb sollten wir uns auf wenige Punkte konzentrieren: Erstens, ohne amerikanische Sicherheitsgarantien geht es nicht. Damit wäre der Ukraine am meisten geholfen und Europa auch. Zweitens, die Ukraine muss das als souveräner Staat entscheiden. Und drittens, es gibt Fragen, die gehen die Amerikaner nichts an - das ist die EU-Frage und das ist die Nutzung der in Europa eingefrorenen russischen Vermögen, die für den Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden sollten. Diese Dinge haben ausschließlich die Europäer zu entscheiden.

Ansonsten nutzt heftige öffentliche Kritik an den USA niemandem. Kriege werden immer nur durch diplomatische Verhandlungen hinter verschlossenen Türen beendet - und nicht per Pressekonferenz. Uns muss es darum gehen, einerseits der Ukraine zu helfen und andererseits die transatlantischen Beziehungen wieder zu verbessern.

FAZ.NET

 © 2025 Factiva, Inc. Alle Rechte vorbehalten.

FAZ.NET

Dokument FAZNET0020251127elbr000dz

 © 2025 Factiva, Inc. Alle Rechte vorbehalten.